

ÖH und BuKo für "Demokratische Autonomie" Ministerieller Vorschlag für "Volle Rechtsfähigkeit" der Unis zurückgewiesen

Die Österreichische HochschülerInnenschaft (ÖH) und die Bundeskonferenz des künstlerischen und wissenschaftlichen Personals (BuKo) haben heute, 19.9, auf einer Pressekonferenz das von Bildungsministerin Gehrler vorgelegte Papier zur "Vollen Rechtsfähigkeit" der Universitäten abgelehnt. Nach Ansicht der beiden ÖH-Vorsitzenden, Anita Weinberger und Andrea Mautz, sowie des BuKo-Vorsitzenden, Reinhard Folk, impliziert das Papier nicht Autonomie, sondern verstärkte Abhängigkeit der Universitäten vom Staat. Auf Einladung der ÖH sollen nun Ministerin Gehrler, der Vorsitzende der Rektorenkonferenz, Georg Winckler, BuKo-Vorsitzender Reinhard Folk sowie die beiden ÖH-Vorsitzenden selber, die Unireform am 9. Oktober, 20.30 Uhr, im Audimax der Uni Wien neu und offen diskutieren, was bislang - trotz entsprechender Ankündigung der Ministerin - nicht passiert ist.

Anita Weinberger kritisiert insbesondere die geplanten Finanzierungsmodalitäten der Universitäten: "In dem Papier der Ministerin ist festgehalten, dass, wer mehr Drittmittel lukriert, auch mehr Geld vom Staat bekommt. Das führt neben der Abhängigkeit vom Staat auch zur wirtschaftlichen Bevormundung und in weiterer Folge zur Aushungerung der geistes- und kulturwissenschaftlichen Fächer."

Andrea Mautz ging auf die geplanten hierarchischen Entscheidungsstrukturen und die Abschaffung der studentischen Mitbestimmung ein: "Eines kann man dieser Regierung jetzt ganz bestimmt nicht mehr abnehmen; nämlich dass sie Demokraten sind. Der Rektor und der Universitätsrat sollen zukünftig ohne jegliche Kontrolle entscheiden. Mitentscheidung der Studierenden ist laut dem Papier überhaupt nicht mehr gefragt."

Ähnlich sieht BuKo-Vorsitzender Reinhard Folk die Situation des universitären Mittelbaus: "Die Mitbestimmung der Universitätsangehörigen wird abgeschafft. Der vorgelegte Finanzierungsplan über die Leistungsvereinbarung ist eine Farce. Wenn wirklich Autonomie angestrebt wird, muss das über breite Mitgestaltung der Betroffenen, unabhängige und gesicherte Finanzierung sowie über leistungsorientierte, unbefristete Dienstverhältnisse geschehen." Abschließend kündigen ÖH und BuKo für den Semesterbeginn ein gemeinsames Vorgehen gegen die ministeriellen Pläne an. Die Protestwoche von 8. bis 11. Oktober und das Bildungsvolksbegehren von 6. bis 13. November sollen erste gemeinsame Schritte sein.